

DPT Impulsvortrag

Dr. Cathleen Bochmann

Aktion Zivilcourage e.V.

## Kommunale Dialoge in Krisenzeiten

Abstract:

Wie schaffen wir es, in Zeiten gesellschaftlicher Grabenkämpfe, von Hass, Wut und Polarisierung noch miteinander zu reden? Dieser Impulsvortrag schöpft aus den Lehren aus der Corona-Pandemie sowie der 2015/16 und der aktuell wieder aufflammenden „Flüchtlingskrise“ in Deutschland, in welcher rechtspopulistische Bewegungen „wütender Bürger“ auf liberale Demokratie prallen. Allortens finden sich lokale Verwaltung und Bürgermeister:innen zwischen den Fronten wieder und müssen darauf reagieren. An der kommunalen Basis haben sie die Aufgabe, die gesellschaftlichen Bruchlinien wieder zu kitten.

Wie gehen wir also konstruktiv mit solchen Konflikten um? Der Vortrag geht darauf ein, wie Dialogformate in verschiedenen Phasen einer Krise funktionieren und warum traditionelle Beteiligungsmethoden für Bürgerinnen und Bürger oft versagen. Darüber hinaus gibt er Einblicke in Best-Practice-Modelle und die Leitplanken einer demokratischen Diskussionskultur, um Bürger in Krisenzeiten zu verbinden.

Eine Gesellschaft wird von vielen Faktoren zusammengehalten: eine gemeinsame Geschichte, Kultur oder Religion, Teilhabe am kollektiven Wohlstand, eine gemeinsame Sprache und natürlich eine politische Ordnung. Eine politische Ordnung, die sich auf geteilte Werte und Spielregeln stützt.

Nun erleben wir in den letzten Jahrzehnten rasche technische Innovationen, zunehmende Globalisierung, wirtschaftlicher Druck und Migrationsbewegungen. Alles Faktoren, die auf eine ständige Veränderung und als Nebenprodukt auch auf eine gewisse Fragmentierung der Gesellschaft hinwirken. Um unsere Gesellschaften zusammenzuhalten, müssen wir also herausfinden, was uns eint und was uns trennt – und wie wir mit diesen Fliehkräften umgehen können, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

In Deutschland wurde die Dringlichkeit der Frage, sich mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zu beschäftigen spätestens ab 2015 deutlich, als im Zuge der europäischen Flüchtlingskrise etwa eine Million Menschen neu in unserem Land ankamen. Während sich ein Teil der Gesellschaft in bewundernswerter Weise der Herausforderung stellte, die Menschen aufzunehmen, Freundschaften und Beziehungen aufzubauen und ihnen hier Lebenschancen zu geben, kam es in anderen Teilen der Gesellschaft rasch zu lautstarken Protesten gegen den Zustrom von Asylsuchenden. In meiner Heimatstadt Dresden wurde die fremden- und islamfeindlichen Bewegung Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes - Pegida – zum Sprachrohr der wütenden Bürgerbewegung. Daraus erwuchs rasch eine politische Partei, die AfD, welche mühelos Sitze in Landesparlamenten, Bundestag und Europäischem Parlament errang und bei den kommenden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen nächstes Jahr sicher beachtliche Erfolge erzielen wird.

2020 fegte dann eine Pandemie über die Welt, welche weitere Risse quer durch die Gesellschaft, durch Arbeitskollegien und bis in die Familien brachte – mit den Schlagworten von Team Vorsicht vs. Team Freiheit umrissen, auf der Straße sichtbar mit Impfbussen und Impfzentren vs. Spaziergänger und Querdenker-Demonstrationen, die teilweise bis heute noch regelmäßig unterwegs sind. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt nach der Corona-Pandemie sagten letzten Sommer 24 Prozent der Bevölkerung aus, man könne sich auf niemanden mehr verlassen.

Und als Corona nun gerade überwunden war, kam der Ukraine-Krieg, die Diskussion der Frage des Verhältnisses zu Russland und zu militärischer Unterstützung sowie in den letzten Monaten wieder deutlich ansteigende Zahlen von Geflüchteten mit Werten die 2015 ähnlich sind oder diese sogar übersteigen.

Es gibt also spürbare Spannungen und Spaltungen in unserer Gesellschaft. Und mittendrin sind die Kommunen. Bürgermeister, Stadträte und Kommunalverwaltungen sind diejenigen, die sich um Asylunterkünfte und Arbeitsmarktintegration, Durchsetzung von Allgemeinverfügungen und bei uns zuletzt als heftiger Diskussionspunkt, die Verteilung von Jodtabletten für den nuklearen Ernstfall kümmern dürfen. Jene kommunalen Verantwortungstragenden sind es auch, die ihren Nachbarn vor dem Rathaus oder auf dem Marktplatz direkt begegnen, wenn sie dort gegen die Ankunft eines Busses mit Flüchtlingen an Bord protestieren oder „gegen die da oben“ spazieren gehen. Und sie sind diejenigen, die mit unzähligen Drohungen und Wut umgehen, die hasserfüllte Graffiti an Wände und Bushaltestellen entfernen oder die zusammen mit der örtlichen Polizei das Demonstrationsgeschehen einhegen müssen.

Wir sind also in einer Krise. Aber was definiert eine Krise?

Meinungsverschiedenheiten und divergierende politische Werte sind in einer Demokratie schließlich normal. Der Politikwissenschaftler Robert Dahl würde argumentieren, dass lautstarke und machtvolle gesellschaftliche Bewegungen, die miteinander konkurrieren und den Staat herausfordern, die Qualität der Demokratie sogar verbessern. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen und wissenschaftliche Beobachter ist jedoch der Meinung, dass sich unser politisches System seit mehreren Jahren im Krisenmodus befindet. So wie zahllose andere Länder, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert oder brüchig ist.

Lassen Sie uns also herausfinden, wo die Krise liegt.

Demokratie wird durch Pluralismus definiert. Pluralismus gedeiht durch Konflikte. Wir Menschen neigen von Natur aus dazu, für unsere Meinungen, Interessen und Leidenschaften zu kämpfen. Wie Harold Lasswell es ausdrückte: Wir müssen ständig herausfinden, " Who Gets What, When, How". Diese Tatsache ist in der Tat der Grund, warum wir als Menschen überhaupt größere politische Strukturen entwickelt haben. Eine politische Ordnung ist dazu da, diesen Kampf der Interessen zu erleichtern. Alexander Hamilton schreibt im Federalist Paper 15: "Warum wurde überhaupt eine Regierung eingesetzt? Weil die Leidenschaften der Menschen sich nicht ohne Zwang dem Diktat der Vernunft und der Gerechtigkeit fügen werden". So werden Konflikte innerhalb der Grenzen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung also gefördert und als eine Gelegenheit zum politischen Lernen gesehen, insbesondere im Zuge neuer gesellschaftlicher Herausforderungen. Statt großer gesellschaftlicher Harmonie oder der Utopie eines ruhigen und beständigen Gleichgewichts wird in Demokratien eine geübte Toleranz gegenüber Heterogenität gefördert.

Hier beginnt aber auch die Krise. Krisen entstehen aus verschärften und fortgesetzten Konflikten, bei denen es keine solche Toleranz mehr gibt - Konflikte, bei denen sich die üblichen politischen Problemlösungsverfahren als unzureichend erweisen, um die Probleme zu bewältigen. Ohne Intervention und Lernen der Beteiligten und des Systems sind solche krisenhaften Konflikte potenziell existenzbedrohend für das politische System. Denn sie erodieren mit der Zeit den normativen Konsens in der Gesellschaft, sie erodieren unsere politische Kultur und entziehen der politischen Ordnung letztlich die Legitimation. Im Jahr 2015/16 und 2020-22 waren die lokalen Behörden in vielen Kommunen mit der Lösung der Krise hoffnungslos überfordert. Dennoch mussten sie sie irgendwie lösen.

Und da kamen nun verschiedene öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure ins Spiel. Einer davon sind wir, von der Aktion Zivilcourage mit unserem Kompetenzzentrum Krisen-Dialog-Zukunft und unserer Prozessbegleitung von Kommunen, die wir 2015 begannen. Wie die Feuerwehrleute kamen wir in die Gemeinden und löschten die überall lodernden gesellschaftlichen Brände. Und wie haben wir das gemacht? Durch Dialog.

Dialog ist der zentrale Mechanismus, durch den konkurrierende gesellschaftliche Gruppen auf friedliche Weise miteinander in Kontakt treten können. Ich verwende den Begriff Dialog im weitesten Sinne für jede zweiseitige Form der Kommunikation, sei es von Angesicht zu Angesicht, in großen Gruppen, virtuell oder im wirklichen Leben. Es gibt wirklich keine Alternative zum Dialog.

Konkret brauchen wir Dialogformen, die auch bei scharfen, krisenhaften Konflikten ermöglichen nicht weiter in Polarisierung, Radikalisierung und Feindschaft verfallen. Stattdessen müssen wir die Konflikte in allgemein akzeptierte Entscheidungen auf lokaler Ebene und darüber hinaus umwandeln. Wir müssen auch dafür sorgen, dass nicht nur die Ergebnisse, sondern auch der Prozess des Miteinander Redens selbst auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts hinwirken.

Wir haben also eine schwierige Aufgabe vor uns und müssen einen schmalen Grat beschreiten. Einerseits müssen wir demokratische und freiheitliche Werte, die Menschenwürde und das Recht auf Asyl verteidigen und sicherstellen, dass wir keine Fremdenfeindlichkeit und Hass schüren. Andererseits ist es wichtig, die wütenden Bürger ernst zu nehmen und sie nicht abzuwerten.

Der Eine oder die Andere fragt sich jetzt vielleicht – soll ich wirklich mit diesem Wutbürgermilieu in den Dialog gehen? Es gibt zwei Gründe, die aufgebrachten Bürger nicht einfach abzutun. 1) ist ein normatives Argument: Solange es sich nicht um Extremisten handelt, die außerhalb der Grenzen der politischen Ordnung agieren, verdienen sie es, dass ihre Stimmen gehört werden. Dies nicht zu tun, wäre einfach undemokratisch. 2) ist ein funktionales Argument: Soziale und politische Ausgrenzung und Marginalisierung scheinen empirisch gesehen bei extremistischen Gruppen in gewisser Weise zu funktionieren. Aber im Fall von Populisten oder, wie in unserem Fall, einer großen Zahl desillusionierter, liberaler, bis rechtskonservativer, wütender Bürger, nährt die Ausgrenzung lediglich deren Wut und stärkt die Bewegung sogar. Das erscheint jetzt vielleicht etwas fatalistisch und ist sicher nicht progressiv oder auf einer moralischen Ebene sonderlich angenehm, aber man kann diese 25, 30, 40 Prozent der Bevölkerung nicht ignorieren.

Was müssen wir also beachten, wenn wir versuchen, unsere polarisierten Gesellschaften durch Dialog zu reparieren? Zunächst einmal sind nicht alle Formen des Dialogs wirklich hilfreich. Die Menschheitsgeschichte hat uns eine große Vielfalt an Möglichkeiten zur Strukturierung und Organisation des Dialogs gegeben.

Räte von Ältesten oder Häuptlingen, die Agora der alten Griechen, der Reichstag als Beratungsgremium des Heiligen Römischen Reiches, Klöster, Jirgas, Shuras, Tings, Bürgerversammlungen, Parlamentsdebatten, Gipfeltreffen, Workshops, Konferenzen, Fishbowls, World Cafés, Runde Tische, Barcamps und so weiter.

Etwa 50 verschiedene Dialogformate können eingesetzt werden, um Bürger und politische Entscheidungsträger zusammenzubringen. Jedes Format schafft spezifische Formen der Interaktion zwischen Menschen. Für jedes Modell gibt es eine Reihe von Regeln für den gewünschten Ablauf, Verhaltenserwartungen an die Teilnehmer und - falls vorhanden - an die

Moderatoren sowie erreichbare Ziele. Einige Dialogformate zielen darauf ab, Lösungen für praktische Probleme zu finden, andere regen eine intellektuelle Debatte an, wieder andere konzentrieren sich auf den Aufbau von Empathie durch Perspektivwechsel. Jedes Dialogformat bietet einen Rahmen für das, was geschieht, was geschehen darf und was in einer Kommunikationssituation unangemessen ist.

Was wir also tun müssen, ist herauszufinden, wie eine bestimmte Version der Dialogorganisation in einem bestimmten Kontext funktioniert. Diese Forschung ist nicht nur von praktischer Relevanz, sondern auch von großem Interesse für die wissenschaftliche Theoriebildung. Auf der Grundlage unserer bisherigen Erfahrungen der Arbeit in den Kommunen behaupte ich, dass es äußerst nützlich ist, eine Typologie von Dialogformaten zu erstellen, die darauf basiert, an welcher Stelle in einem Konflikt sie ihr spezifisches Potenzial am besten nutzen können. Diese Typologie stützt sich auf 4 Phasen.

Bevor es zu einem Konflikt kommt, kann eine kritische Entwicklung abgewendet oder abgemildert werden. Dafür brauchen wir präventive Dialogformate wie Dilemma-Diskussionen, bei denen die Teilnehmer mit einer moralisch zweideutigen Situation konfrontiert werden und über Handlungsoptionen diskutieren und abstimmen. Ein weiteres Beispiel sind Erzählalons, in denen Menschen aus ihrem Leben berichten, während die Gäste nur zuhören. Planspiele fallen in diese Kategorie, aber auch Tage der offenen Tür, zum Beispiel in einem Unterbringungszentrum für Asylbewerber.

Gemeinsam ist diesen Dialogmodellen, dass es weniger auf das jeweilige *Thema* ankommt als auf die *Wirkung*, die sie auf den Einzelnen haben sollen. Diese präventiven Formate erhöhen die Chancen, dass Menschen in einer gesellschaftlichen Krise mit abweichenden Standpunkten und kontroversen Diskussionen umgehen können. Sie lehren, Ambiguität und Heterogenität zu tolerieren. Je mehr sich die Menschen an die Regeln einer guten Kontroverse gewöhnt haben, desto leichter fällt es ihnen später, eine gewisse Sachlichkeit herzustellen.

Sobald ein Konflikt zunimmt, in der zweiten Phase, steigt der Problemdruck und Menschen haben vermehrt das Bedürfnis, sich zu artikulieren. Es braucht also Diskussionsformate. Die Menschen fordern die Anerkennung des Problems und eine politische Reaktion darauf. Daher muss das Problem in einer Demokratie in den öffentlichen Raum überführt und bearbeitet werden. Ein Dialogformat hat in dieser Phase die Aufgabe, Informationen zu verbreiten, verschiedene Interessen zu artikulieren, Disparitäten zu bearbeiten und die politische Willensbildung zu ermöglichen. Diese Funktion der Informationsvermittlung muss als ein zweiseitiger Prozess gedacht werden. Nicht nur von den Gemeinden zu den Bürgern, in Form von Erläuterungen der Politik und politischer Führung, sondern auch von den Bürgern zu den lokalen

Verantwortungstragenden, in Form der Konsultation. Das Publikum eines solchen Dialogs ist eine Ressource für zusätzliches Wissen, welche Kommunen nutzen können und sollten. Der Vorteil ist ein klarerer Überblick über die unterschiedlichen Strömungen in der Gesellschaft und deren Bedarfe. Passende Dialogmodelle für diese Phase sind Diskussionsformate, z. B. Fishbowl-Diskussionen, bei denen die Teilnehmer selbstständig in eine Diskussion eintreten und sie wieder verlassen können, die klassische Podiumsdiskussion.

Einige Konflikte erreichen jedoch den Punkt, an dem die gegnerischen Parteien zu der Überzeugung gelangen, dass weitere Diskussionen sinnlos sind. Die streitenden Parteien sehen wenig bis keine Gemeinsamkeiten und es ergibt sich eine starke Polarisierung. "Taten statt Worte" werden zur neuen Marschroute. Dies ist auch der Punkt, an dem der normale Konflikt endet und eine Krise beginnt. Es gibt zwei mögliche Strategien: Eskalation und Deeskalation.

Eskalation kann eine unerwünschte Folge gescheiterter kommunikativer Bemühungen sein, z.B. weil von Politikern ungeeignete Dialogformate gewählt wurden. Natürlich kann jedes Dialogformat von den Gästen eskaliert werden, wenn sie dazu entschlossen sind. Einige Dialogformen sind jedoch speziell auf die Eskalation zugeschnitten.

Erstens gibt es solche, die der Stärkung des Gruppenzusammenhalts, der Koalitionsbildung und der Abschottung der eigenen Community dienen. Mehr Einigkeit innerhalb der Gruppe ermöglicht eine klarere Abgrenzung von der gegnerischen Gruppe und eine effektivere Nutzung von Machtressourcen. Geschlossene Social-Media-Blasen / Echokammern dienen diesem Zweck ebenso wie alle Formen von Treffen, Konferenzen, Clubs oder Zusammenkünften, die hohe Hürden für die Teilnahme aufstellen und die die Gäste vorselektieren. Wenn Sie nur ausgewählten Personen die Teilnahme gestatten, bieten Sie ihnen einen sicheren Raum und erlauben ihnen gleichzeitig, ihre vorgefassten Meinungen zu festigen. Mehr Homogenität führt tendenziell auch zu einer höheren Bereitschaft, sich an der Diskussion zu beteiligen. Je weniger kognitive Dissonanz Sie auslösen, desto lebhafter und gleichzeitig einseitiger wird die Debatte. Während also in den vorherigen Phasen das Ziel darin bestand, den Dialog öffentlich zu machen, besteht das Ziel in dieser späteren Phase darin, ihn wieder privat oder halbprivat zu gestalten und sich einzugeln.

Die zweite Art von Eskalationsformaten funktioniert parallel zu diesen. Diese Formate der Bürgerbeteiligung können gezielt eingesetzt werden, um mehr Aufmerksamkeit für politische Forderungen zu schaffen und Widerstände zu überwinden, ohne Kompromisse eingehen zu müssen. Das Ziel ist ein Win-Lose-Szenario. Dieser Erfolg wird jedoch oft mit einem Verlust an sozialem Zusammenhalt erkaufte. Öffentliche Demonstrationen und große Aufmärsche

fallen in diese Kategorie. Eine andere Möglichkeit ist das Sammeln von Unterschriften, insbesondere wenn das Ziel eine Volksabstimmung ist, die zwar einen formalen Endpunkt des Konflikts darstellt, aber auch die Polarisierung weiter verstärkt. Das liegt daran, dass jedes Referendum ein komplexes Thema auf eine Ja/Nein-Frage herunterbricht. Außerdem müssen so viele Menschen wie möglich mobilisiert werden, sich für eine der beiden Seiten zu entscheiden. Eine solche formale Entscheidung mag das Ende einer Debatte sein, aber was bei solchen Eskalationsformaten in der Regel fehlt, ist die Integration und Fürsorge für die Verliererseite des Konflikts.

Deeskalationsformate sind hingegen diejenigen, die darauf hinarbeiten, Gemeinsamkeiten wiederherzustellen und die Polarisierung abzubauen. In diesen Dialogen werden emotionale Verletzungen geheilt, Wertschätzung und Vertrauen neu aufgebaut. Letztlich geht es darum, die Konfliktparteien wieder zu Kompromissen zu befähigen. Dies trägt dazu bei, die Entscheidungsfähigkeit im politischen System wiederherzustellen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Diese Dialogformate haben alle eines gemeinsam: Sie bieten Optionen für das Bedürfnis, sich in einer kleinen Gruppe oder sogar unter vier Augen zu artikulieren. Sie bauen Distanz ab, im wahrsten Sinne des Wortes. Es scheint eigentlich ganz einfach: dem Gegenüber in die Augen schauen, zuhören, bevor man spricht, über Emotionen und Motivationen sowie über das Thema sprechen.

World Café-Dialoge sind in dieser Hinsicht recht erfolgreich. Sie bieten eine entspannte Atmosphäre, kostenlose Getränke und Speisen, man schreibt auf einer Papiertischdecke und hat kleine Gruppen, die von den Gastgebern durch Fragen auf Karteikarten gelenkt werden können. Ein weiteres Beispiel ist die *Thérapie Sociale*, die in sehr schwierigen städtischen Gebieten wie den Pariser Banlieues, Kriminalitätsschwerpunkten in amerikanischen Städten und dem Westjordanland eingesetzt wird. Dieses Format hilft den Menschen, sich direkt mit dem Hass und der Gewalt auseinanderzusetzen, die sie trennen und daran hindern, zusammenzuarbeiten. Die Methode des *Appreciative Inquiry Summit* versucht, die defizitorientierte, rückwärtsgewandte und vorwurfsvolle Kommunikation zu überwinden, indem sie die positiven Geschichten der Menschen, die oft schon die besten Lösungen enthalten, aufdeckt und stärkt. Alles in allem ist es jedoch viel einfacher, einen Konflikt in seinen frühen Stadien zu transformieren, als eine Krise später zu deeskalieren.

Die Verwendung einer solchen Typologie, die Bürgerdialoge im Kontext eines krisenhaften Konflikts betrachtet, gibt auch Aufschluss darüber, warum traditionelle Methoden der Bürgerbeteiligung in Situationen wütender Bürgerproteste so oft scheitern.

Bis vor kurzem wurden die meisten Formate der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Infrastrukturprojekten entwickelt. Sie wollten einen neuen Tunnel bauen, also gründeten Sie eine Arbeitsgruppe und ließen Bürgerinnen und Bürger daran teilnehmen und sich mit der Verwaltung beraten. Man debattierte über den lokalen Haushalt und bezog die Bürgerinnen und Bürger entweder online oder offline als Interessenvertreter ein. Das mag kontrovers gewesen sein, aber letztlich ging es in der Debatte um die Politik und nicht um die Gesellschaft und ihren Zusammenhalt als Ganzes.

Die Krisendebatten der letzten 8 Jahre haben deutlich gezeigt, dass rein themenbezogene Deliberationsmethoden in emotionsbasierten Konflikten nicht funktionieren. Das liegt daran, dass sie ein unerreichbar hohes Maß an Faktenkenntnis, Objektivität und Neutralität voraussetzen. Je mehr die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl hatten, dass ihre von Emotionen getriebenen Forderungen durch die von den lokalen Verantwortungstragenden angebotenen Dialogformen nicht erfüllt wurden, desto feindseliger wurden die verärgerten Bürger. Der oft geäußerte Apell „Zurück zur Sachlichkeit“ verhallt.

Wie können wir also mit solchen Konflikten konstruktiv umgehen?

Welche Leitlinien sollten wir den Kommunen an die Hand geben, wie sie Dialogformate nutzen können, um die Bürger einzubinden? Zuerst müssen sie die Fähigkeit entwickeln, die Umstände gesellschaftlicher Konflikte so zu analysieren, dass nicht nur die auf der Sachebene zu lösenden Probleme, sondern auch die Ebenen der Emotionen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts berücksichtigt werden.

Verwaltungsangestellte sind oft sehr nüchtern und sachlich, wenn sie sich mit politischen Konflikten befassen. Wir müssen sie darin schulen, die emotionalen Kräfte der Bürger besser zu verstehen und adäquat auf sie zu reagieren. Wir müssen auch das Wissen im politischen System darüber verbessern, wie Kommunikation effektiv organisiert werden kann, welche große Vielfalt an Formaten es tatsächlich gibt und wie jedes von ihnen funktioniert. Wir haben Umfragen unter Kommunalbeamten durchgeführt und festgestellt, dass fast alle von ihnen zunächst auf Podiumsdiskussionen mit einer kurzen Frage- und Antwortrunde zurückgreifen, um die Bürger einzubeziehen. Dieser Ansatz "ein Dialogformat für alle Lebenslagen" verschlimmert die Situation in einem schweren Konflikt. Daher bilden wir seit 5 Jahren Mitarbeitende staatlicher Stellen in der Moderation von Krisendialogen weiter. Immer mehr Städte nutzen auch das Wissen lokaler Konflikt- oder Partizipationsberater und schaffen sogar neue Stellen innerhalb der Kommunalverwaltung für Personen, deren Aufgabe es ist, aktiv auf eine Kultur der ständigen Kommunikation und Beteiligung hinzuwirken. Überlegen Sie mal: Wenn

es in Ihrer Beziehung Probleme gibt, nehmen Sie vielleicht eine Ehe- oder Familienberatung bei einem Therapeuten in Anspruch. Wenn es am Arbeitsplatz zu Konflikten kommt, könnten Sie zusätzliche Schulungen für Führungskräfte durchführen oder einen externen Mediator hinzuziehen. Warum sollten Städte und Gemeinden nicht solche Fachexpertise von außen hinzuziehen und sich in schwierigen Prozessen in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern begleiten lassen?

Alles in allem retten diese Maßnahmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht im Alleingang. Dennoch spielen sie eine wichtige Rolle. Der Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde sagte einmal: "Der freiheitlich-säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er um der Freiheit willen, eingegangen ist." An diesem Wagnis sind wir alle beteiligt. Wir alle müssen einen Beitrag zur Integration der Gesellschaft leisten. Wir alle müssen aktiv daran arbeiten, die Voraussetzungen für die Demokratie zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es keine Alternative zum Dialog.